

Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 20/8407 –**

Ein Jahr Iran-Revolution – An Jina Mahsa Amini erinnern und den Freiheitskampf der Menschen im Iran aktiv unterstützen

A. Problem

Die antragstellende Fraktion will anlässlich des Jahrestags der Ermordung von Jina Mahsa Amini das Solidaritätsversprechen gegenüber den Frauen und Männern im Iran erneuern und ihren andauernden, mutigen Freiheitskampf nicht in Vergessenheit geraten lassen.

Aus Sicht der antragstellenden Fraktion muss es Ziel europäischer Politik sein, dem iranischen Regime die Unterdrückung des eigenen Volkes so weit wie möglich zu erschweren.

Die Bundesregierung wird daher unter anderem dazu aufgefordert, sich aktiv und wahrnehmbar in der EU für eine EU-weite Listung der sogenannten Revolutionsgarden als terroristische Vereinigung einzusetzen; eine Strategie zu entwerfen, wie eine atomare Bewaffnung des Iran noch verhindert werden kann die Instrumente der Proliferationskontrolle und Sanktionierung berücksichtigt; alle mit den Sanktionen verbundenen strafrechtlichen Möglichkeiten voll auszunutzen; die EU-Sanktionen in deutlichem Maße auf alle Personen und Organe des iranischen Regimes auszuweiten, die mit der Unterdrückung der aktuellen Proteste, inklusive der Verhängung und Vollstreckung von Todesurteilen, befasst oder an diesen beteiligt sind und Staaten in der Region in die Pflicht zu nehmen, Sanktionsumgehungen iranischer Entitäten zu verhindern.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/8407 abzulehnen.

Berlin, den 17. Januar 2024

Der Auswärtige Ausschuss

Michael Roth (Heringen)
Vorsitzender

Michael Müller
Berichtersteller

Dr. Norbert Röttgen
Berichtersteller

Merle Spellerberg
Berichterstellerin

Ulrich Lechte
Berichtersteller

Eugen Schmidt
Berichtersteller

Bericht der Abgeordneten Michael Müller, Dr. Norbert Röttgen, Merle Spellerberg, Ulrich Lechte, Eugen Schmidt

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 20/8407** in seiner 122. Sitzung am 21. September 2023 beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Ausschuss für Inneres und Heimat, dem Rechtsausschuss, dem Finanzausschuss, dem Wirtschaftsausschuss, dem Verteidigungsausschuss, dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe sowie dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die antragstellende Fraktion will anlässlich des Jahrestags der Ermordung von Jina Mahsa Amini das Solidari-tätsversprechen gegenüber den Frauen und Männern im Iran erneuern und ihren andauernden, mutigen Freiheitskampf nicht in Vergessenheit geraten lassen.

Aus Sicht der antragstellenden Fraktion muss es Ziel europäischer Politik sein, dem iranischen Regime die Unterdrückung des eigenen Volkes so weit wie möglich zu erschweren.

Die Bundesregierung wird daher unter anderem dazu aufgefordert, sich aktiv und wahrnehmbar in der EU für eine EU-weite Listung der sogenannten Revolutionsgarden als terroristische Vereinigung einzusetzen; eine Strategie zu entwerfen, wie eine atomare Bewaffnung des Iran noch verhindert werden kann die Instrumente der Prolifera-tionskontrolle und Sanktionierung berücksichtigt; alle mit den Sanktionen verbundenen strafrechtlichen Möglich-keiten voll auszunutzen; die EU-Sanktionen in deutlichem Maße auf alle Personen und Organe des iranischen Regimes auszuweiten, die mit der Unterdrückung der aktuellen Proteste, inklusive der Verhängung und Vollstre-ckung von Todesurteilen, befasst oder an diesen beteiligt sind und Staaten in der Region in die Pflicht zu nehmen, Sanktionsumgehungen iranischer Entitäten zu verhindern.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** hat den Antrag auf Drucksache 20/8407 in seiner 55. Sitzung am 17. Ja-nuar 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU die Ablehnung.

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/8407 in seiner 84. Sitzung am 17. Januar 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU die Ablehnung.

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/8407 in seiner 79. Sitzung am 17. Januar 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU die Ablehnung.

Der **Wirtschaftsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/8407 in seiner 66. Sitzung am 17. Januar 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU die Ablehnung.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/8407 in seiner 55. Sitzung am 17. Januar 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Antrag auf Drucksache 20/8407 in seiner 57. Sitzung am 17. Januar 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag auf Drucksache 20/8407 in seiner 54. Sitzung am 17. Januar 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD die Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 20/8407 in seiner 49. Sitzung am 17. Januar 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU die Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/8407 in seiner 56. Sitzung am 17. Januar 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU die Ablehnung.

Berlin, den 17. Januar 2024

Michael Müller
Berichtersteller

Dr. Norbert Röttgen
Berichtersteller

Merle Spellerberg
Berichterstellerin

Ulrich Lechte
Berichtersteller

Eugen Schmidt
Berichtersteller

